

Zusammenfassung einer in der Pariser Tageszeitung Le Monde vom 7.11.2006 veröffentlichten Besprechung des neuen Buches von Jean Gadrey („En finir avec les inégalités“, Éditions Mango 2006). Autorin des Artikels: Marie-Béatrice Baudet. Gadrey, emeritierter VWL-Professor der Universität Lille-I und Mitglied im nationalen statistischen Beirat, ist wissenschaftlicher Berater der französischen Attac-Sektion. Übertragen von Gerhard Kilper.

Für Gadrey ist der Prozess der immer weiter voranschreitenden Spaltung der Gesellschaft keine Fatalität und keine unumkehrbare Entwicklung. Zwar habe die Globalisierung in ihren Auswirkungen auch die Ungleichheit verstärkt, aber eine Politik zur bewussten Verminderung der Ungleichheit müsse keineswegs im Widerspruch zur Globalisierung stehen. Im Gegenteil würden zu große Ungleichheiten (im Weltmaßstab) zur Gefahr für die Welt-Ökonomie insgesamt werden.

Gadrey wendet sich gegen die „falschen guten Ideen“, die zur Verkleinerung des Abstandes der auseinanderklaffenden Einkommensschere vorgeschlagen werden. „Die Größe des Kuchens sagt noch überhaupt nichts darüber aus, wie das Sozialprodukt verteilt wird“, stellt er lapidar fest.

Dreh- und Angelpunkt des immer größer werdenden Abstands zwischen Oben und Unten ist für Gadrey die gängige Politikpraxis immer neuer Steuersenkungen. Diese Politik lasse zu wenig Mittel für eine (am Menschenbild der Menschenrechte orientierte) soziale Redistributionspolitik übrig.

Steuersenkungen seien durch ihren anti-redistributiven Effekt ganz prinzipiell als Maßnahmen anzusehen, die unmittelbar die gesellschaftliche Inegalität verschärften. Ein Ende der Steuer- und Abgabensenkungspolitik sei daher eine unabdingbare Voraussetzung für eine Politik, die dem Auseinanderbrechen der Gesellschaft den Kampf angesagt hat.

Gadrey entwickelt (auf der Grundlage eines gerechten und verlässlichen Steueraufkommens) ein Programm zur Reduzierung der Einkommensschere, das u.a. die Schaffung einer großen Zahl neuer Arbeitsplätze im Bereich personaler Dienstleistungen (öffentlich organisiert und finanziert – keine „Diener-Dienstleistungen“) und eine deutliche Anhebung nicht nur des Mindestlohns SMIC (er beträgt z.Zt. in Frankreich 1217,88 Euro/Monat), sondern auch aller anderen Sozialleistungen vorsieht.